



Extremismus 2.0 – die dunkle Seite des Internets

Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes
am 28. November 2008 in Potsdam

Inhaltsverzeichnis

Winfriede Schreiber

Begrüßungsrede der Leiterin des Verfassungsschutzes Brandenburg 2

Beate Blechinger

Eröffnungsrede der Justizministerin des Landes Brandenburg 4

Verfassungsschutz Brandenburg

„Strategien gegen Extremismus im Internet“ 8

Michaela Lehmann

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)

„Propaganda islamistischer Terroristen im Internet“ 18

Alexandra Beyersdörfer

jugendschutz.net

„Strategien gegen Rechtsextremismus im Internet“ 23

Mathias Hain

Landeskriminalamt Brandenburg

„Politisch motivierte Kriminalität rechts im Internet“ 29

Mathias Schindler

wikipedia (wikimedia Deutschland e. V.)

„Umgang mit Rechtsextremisten in wikipedia“ 38

– bei allen Reden gilt das gesprochene Wort –

Winfriede Schreiber, Leiterin des Brandenburger Verfassungsschutzes Begrüßungsrede

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie so zahlreich zum Verfassungsschutz gefunden haben. Wir sind – und das sage ich mit etwas Stolz – ausgebucht. Und wir hatten sogar schon die Sorge, dem einen oder anderen aus Platzgründen absagen zu müssen. So groß ist das Interesse an unserer heutigen Fachtagung. Daran erkenne ich aber auch, dass wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Weg sind.

Der Verfassungsschutz hat den Auftrag, Informationen über extremistische Bestrebungen zu sammeln und zu analysieren. Aber damit ist es nicht getan. Unsere Demokratie ist schließlich eine streitbare. Deshalb lautet unser Auftrag auch, die Öffentlichkeit über politischen Extremismus zu unterrichten. Damit leisten wir einen Beitrag zur wehrhaften Demokratie. Wir tragen so dazu bei, dass die Menschen wissen, wie sich Extremismus erkennen lässt und welche Gesichter er hat. Denn dann kann sich jeder streitbar damit auseinandersetzen. Eine aktive Bürgergesellschaft ist schließlich das Herzstück einer Demokratie.

In Brandenburg hat der Verfassungsschutz mittlerweile vielfältige Aktivitäten entwickelt, um seinem Auftrag nachzukommen. Hierzu zählen beispielsweise Kooperationen mit dem Landessportbund und der Feuerwehr. Meine Mitarbeiter sind dort häufig zu Gast, um Multiplikatoren dieser Verbände über den Extremismus in Brandenburg aufzuklären. Unser speziell für Schulen entwickeltes Rollenspiel erfreut sich ebenso hoher Nachfrage. Einen wachsenden Stellenwert bilden besonders unsere zwei mal jährlich stattfindenden Fachtagungen.

Offenbar ist es uns gelungen, mit „Extremismus 2.0 – die dunkle Seite des Internets“ ein Thema aufzurufen, welches breites Interesse nach sich zieht. Schließlich geht es hierbei um eine Form von Extremismus, die sich mit nur wenigen Mausbewegungen in sekundenschnelle auf den Bildschirm eines jeden Computers holen lässt.

Wir haben im Vorfeld des heutigen Tages intensiv überlegt, wie und mit wem wir dieses sehr umfassende Thema angehen können. Wir wollten Experten der Sicherheitsbehörden, Praktiker aus der Strafverfolgung und Vertreter aus der Internetindustrie. Wir wollten es nicht beim Rechtsextremismus bewenden lassen. Und wir wollten einen Brandenburgbezug aber gleichzeitig über die Grenzen des Landes hinausschauen. Schon die jüngsten brutalen Anschläge islamistischer Terroristen in Indien zeigen, dass so eine Veranstaltung nicht ohne diesen Phänomenbereich stattfinden darf, nicht stattfinden kann.

Anhand des Programms sehen Sie alle, wie und mit wem wir uns den Themen nähern. Ich werde Ihnen die Redner jeweils kurz vorstellen, wenn es nachher soweit ist.

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Frau Ministerin Beate Blechinger. Sie hat sich kurzfristig bereiterklärt, Minister Schönbohm zu vertreten, der heute an einer ebenso kurzfristig angesetzten Bundesratssitzung teilnehmen muss. Ich begrüße die Landtagsabgeordneten Dr. Bernig und Frau Weber von der Linkspartei. Herzlich willkommen heiße ich die Leiter von Polizeipräsidien, Polizeifachhochschule und Landeskriminalamt – die Herren Kann, Feuring, Grieger und Büddefeld – sowie die vielen weiteren Vertreter unserer brandenburgischen Polizei. Und herzlich willkommen sind die Vertreter unserer Bundeswehr.

Unter uns weilen überraschend viele Vertreter aus Forschung und Lehre. Stellvertretend erwähnen möchte ich Prof. Dr. Eylert und seine zahlreichen Studenten. Auch Sie alle heiße ich herzlich willkommen. Besonders freue ich mich über die Teilnahme zahlreicher Vertreter unserer Justizbehörden, darunter die Präsidenten der Landgerichte Cottbus und Potsdam, die Herren Walter und Gande sowie Herrn Rupieper, Direktor des Amtsgerichts Cottbus.

Nun aber, meine Damen und Herren, freue ich mich auf die einführende Rede unserer Justizministerin Beate Blechinger.



Beate Blechinger, Justizministerin des Landes Brandenburg Eröffnungsrede

Sehr geehrte Frau Schreiber,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie hier auf der Insel Hermannswerder und überbringe Ihnen gleichzeitig herzliche Grüße von Herrn Innenminister Schönbohm, der heute leider nicht selbst an dieser Tagung teilnehmen kann und mich gebeten hat, Sie willkommen zu heißen.

In den letzten zehn Jahren hat eine Technik die Welt nahezu umgekrempelt. Mittlerweile hat diese Technik ihren Eroberungsfeldzug durch alle gesellschaftlichen Bereiche angetreten. Damit ist sie längst keine Mode-Erscheinung mehr, sondern fester wie auch selbstverständlicher Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Und niemand von uns kann sich dem entziehen. Meine Damen und Herren, die Rede ist vom Internet. Wir nutzen es zur Informationsbeschaffung, zur Kommunikation in Echtzeit oder einfach nur zum Kaufen oder Verkaufen.

Wo Licht ist, da ist auch Schatten. Auch mit dem Internet ist nicht nur Gutes verbunden. Es gehen zahlreiche Gefahren von ihm aus. Schließlich wird über das Internet auch gelogen und betrogen, und es wird Hass damit verbreitet. Allein in Brandenburg zählten wir im Jahr 2007 insgesamt 8.776 Straftaten im Zusammenhang mit dem Tatmittel Internet: 2003 waren es noch 3.561. Und wir alle müssen davon ausgehen, dass hier eine nicht unerhebliche Dunkelziffer existiert.

Bereits jetzt sind fast 200 Millionen Internetserver weltweit online. Jeder dieser Server hält zahlreiche Internetseiten vor. Und täglich werden es Zigtausende mehr. Niemand hat den genauen Überblick. Wen verwundert es, dass darunter auch extremistische oder kriminelle Angebote zu finden sind. Der richtige und verantwortungsvolle Umgang mit diesem Mittel muss also gelernt sein. Das fängt zu Hause an, geht in der Schule weiter und fordert die Sicherheitsbehörden. Deshalb bin ich dem brandenburgischen Verfassungsschutz sehr dankbar, dass er sich heute dieses Themas angenommen hat. Und Ihr zahlreiches Erscheinen unterstreicht die Aktualität der Fachtagung.

Meine Damen und Herren,
fast 30 Jahre ist es jetzt her, dass in den USA der Grundstein für das Internet gelegt wurde. Was wir heute als globales und ziviles Kommunikationsmittel kennen, hat seinen Ursprung im Kalten Krieg zwischen Nato und Warschauer Pakt. Ziel war es, Kommuni-



kationswege im Ernstfall offenzuhalten. Sollte im Netzwerk ein Knotenpunkt ausfallen, dann sollte ein anderer sofort diese Aufgabe übernehmen. So funktioniert es bis heute. Nur mit dem Unterschied, dass die militärische „Geheimwaffe“ Internet erfolgreich ziviliert wurde. Aber genau hier liegt das Problem. Wenn nämlich jeder Knotenpunkt – und davon gibt es Millionen – den anderen sofort ersetzen kann, lassen sich Zugänge zu kriminellen oder extremistischen Seiten eben nicht einfach sperren. Daten, die durch das Internet rasen, kennen keine nationalen Grenzen oder gar Gesetze. Sie kennen nur weltweit zerstreute, aber trotzdem miteinander verbundene Server – sei es auf den Bahamas, bei uns in Brandenburg oder in Sibirien.

Daher müssen wir Mittel und Wege finden, um etwas zu zügeln, was dafür konzipiert wurde, sich der Zügelung zu entziehen. Nehmen wir ein sehr bedrückendes Beispiel – die Kinderpornografie. Jedes sich im Netz befindliche Foto ist das Dokument einer abscheulichen Straftat. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat vor wenigen Tagen angekündigt, den Zugang zu Servern mit solchen Inhalten sperren zu wollen. Das ist richtig und wichtig. Sind die Server in Deutschland, gibt es hierfür geeignete Mittel und

Wege. Und unsere Strafverfolgungsbehörden jagen und stellen die Täter, wo immer es möglich ist. Liegen die Server aber im Ausland, dann stoßen wir an juristische und erst recht an technische Grenzen. Diese und andere Herausforderungen im Umgang mit dem Internet können Staaten besser gemeinsam als im Alleingang lösen. Aber ich sage es hier ganz deutlich: Wenn wir die Zugänge zu kriminellen, aber auch zu bestimmten extremistischen Angeboten im Internet nicht bald multilateral blockieren, dann führt auch in Deutschland kein Weg an einem nationalen Alleingang vorbei. Wir dürfen uns nicht davor scheuen, neue Wege bei der Verbrechensbekämpfung zu gehen. Schließlich erwarten die Menschen zu recht vom Rechtsstaat, dass er sich dieser Dinge annimmt. Und die Politik ist verpflichtet, sich diesen Herausforderungen der Internet-Kriminalität zu stellen und praktikable Lösungen anzubieten.

Meine Damen und Herren,

das Beispiel der Kinderpornografie im Internet zeigt deutlich, dass der Umgang von Gesellschaft und Rechtsstaat mit den dunklen Seiten des Internets für die Frage verantwortlich ist, wie es mit diesem Medium weitergeht und welchen Stellenwert es künftig einnimmt. Unser Rechtsstaat fußt auf einer wertegebundenen Ordnung, wie sie durch das Grundgesetz vorgegeben wird. Schon deshalb müssen wir einer Verrohung und Kriminalisierung im Netz den Riegel vorschieben. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Deshalb ist Handeln und Prävention an vielen Stellen notwendig.

Wir werden künftig kriminelle wie extremistische Angebote im Netz viel stärker als bisher bekämpfen müssen. Sich dem zu stellen, ist eine Aufgabe für uns alle. Schulen benötigen geeignete pädagogische Methoden, um Kinder auf Gefahren und Nutzen vorzubereiten. Eltern sind gefordert, das ihrige hier beizusteuern. Kinder dürfen mit einem Internetzugang nicht sich selbst überlassen werden.

Gefordert sind auch diejenigen, die Internet-Dienstleistungen anbieten. Diese Dienstleister müssen noch viel höhere Aufmerksamkeit darauf legen, was auf ihren Servern passiert. Das Stichwort hier ist aktive Selbstkontrolle. Daher begrüße ich es, dass sich die bekannte Internetplattform Wikipedia an dieser Fachtagung beteiligt. Mit Wikipedia haben wir einen Anbieter für die Tagung gewonnen, der einen besonderen, nicht immer konfliktfreien Weg beschreitet. Im Vordergrund steht die gegenseitige Kontrolle aller Nutzer von Wikipedia und das damit verbundene „Weltlexikon“, an dem jeder mitschreiben darf. Jeder kann aber auch die Texte des anderen verändern.

Und, meine Damen und Herren, gefordert ist auch der Staat. Er muss die gesetzlichen, personellen und technischen Grundlagen sowohl schaffen als auch ständig an die rasante Computer-Entwicklung anpassen, um Internetkriminalität konsequent zu verfolgen. Daher freue ich mich, dass sich sowohl das Landeskriminalamt als auch die Cottbuser Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Internetkriminalität in diese Fachtagung einbringen. Das Thema Weiterbildung muss hier eine stärkere Gewichtung erfahren, denn die Kriminellen sind den Strafverfolgungsbehörden zu oft einen Schritt voraus.

Notwendig ist aber auch eine aktive Zivilgesellschaft, um Kriminalität wie Extremismus im Internet wirksam zurückzudrängen. Der Verein jugendschutz.net ist genau dafür gegründet worden und hat sich in den letzten Jahren einen exzellenten Ruf erarbeitet. Auch er ist in die heutige Veranstaltung eingebunden.

Neben den Strafverfolgungsbehörden sind auch Nachrichtendienste und andere Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung von Extremismus und Terrorismus im Internet gefordert. Daher ist es gut, dass der Verfassungsschutz selbst, aber auch das dem Bundesinnenministerium zugeordnete „Gemeinsame Internetzentrum“ diese Fachtagung bereichern.

Mit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg haben wir schon vor Jahren eine Einrichtung geschaffen, mit der wir viele Maßnahmen gegen Extremismus und Gewalt bündeln können. Dieser Ansatz wird mittlerweile von anderen Bundesländern kopiert. Dasselbe gilt für die Präventions- und Aufklärungsaktivitäten des brandenburgischen Verfassungsschutzes.

Am heutigen Tag setzt der brandenburgische Verfassungsschutz seine erfolgreiche Serie von Fachtagungen fort. Ihre sehr zahlreiche Anwesenheit unterstreicht, dass der Verfassungsschutz mit der Auswahl seiner Themen am Puls der Zeit liegt. Und all dies zeigt ebenso, dass Brandenburg modern und wehrhaft im Umgang mit Extremismus ist.

Ich wünsche der Tagung einen erfolgreichen Verlauf und Ihnen allen interessante Gespräche.

Verfassungsschutz Brandenburg „Strategien gegen Extremismus im Internet“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Fachleute, werte Gäste!

„Extremismus 2.0 – die dunkle Seite des Internets“ – Als mir der Titel dieser Fachtagung vorgelegt wurde, musste ich im ersten Moment etwas schmunzeln. „Extremismus 2.0“? Das Anhängsel „2.0“ ist ja zwischenzeitlich in unserem Alltagsleben immer öfter zu finden. „2.0“ soll uns Veränderung suggerieren, Erweiterungen, schon Bestehendes in einer neuen Version aufzeigen. „2.0“ gilt als modern und muss als „Neuaufgabe 2.0“ so manches Mal allzu schnell herhalten.

Nun können wir uns fragen, was gibt es da nicht schon alles?: Marketing 2.0, Bibliothek 2.0, Bildung 2.0.

„Extremismus 2.0 – Die dunkle Seiten des Internets“ heißt zwangsläufig aber auch Internet 2.0 oder noch besser gesagt Web 2.0. Den Begriff Web 2.0 kennen vermutlich einige unter uns. Dabei ist der Begriff Web 2.0 gar nicht so einfach zu erklären. Eigentlich war Web 2.0 nur der Arbeitstitel einer Internetkonferenz der ganz großen Experten im Jahr 2004. Dabei ging es gewissermaßen um die Zukunft des Internet.

Heute verstehen wir im allgemeinen Sprachgebrauch unter Web 2.0, all jene Internettechnologien, die über die Jahre entwickelt worden sind und als wichtigste Eigenschaft die intensive Beteiligung der Nutzer zulassen. Im Vergleich zu den Anfängen ist das Internet offener und dynamischer geworden. Euphorisch wird das Internet durch die Medien als Mitmach-Web betitelt. Und in der Tat hat das Internet eine atemberaubende Entwicklung hinter sich.

So ist es nahezu verständlich, dass auch Extremisten das Internet nutzen. Daher ist es natürlich, dass gerade sie für die sich dort immer weiter entwickelnden Techniken empfänglich sind.

Und so erscheint die Wortspielerei Extremismus 2.0 dann doch wieder schlüssig und zeigt genau den Weg den Extremisten nehmen, wenn es um die Darstellung extremistischer Inhalte im Internet geht. So entwickelte sich auch die Szene parallel mit der des Mediums selbst. Beginnend mit der einfachen Skinhead-Homepage hin zur Selbstdarstellung extremistischer Gruppierungen. Selbst die Gründung ganzer Netzwerke auf multimedialen Social Communities ist ihnen nun möglich.

Wenn es um die Beobachtung solcher Webinhalte geht, ist diese Entwicklung für die Sicherheitsbehörden, für die Verfassungsschutzbehörden, eine große Herausforderung geworden.

Konzentrieren wir uns auf die Betrachtung des Phänomenbereiches des Rechtsextremismus. Die Aktivitäten von Rechtsextremisten können im Internet grob in drei Kategorien eingeteilt werden:

1. Die Selbstdarstellung, Eigenwerbung und Propaganda im Internet.
2. Der Aufbau verschiedener Web-Shops, Versand- und Vertriebsdienste zu kommerziellen Zwecken.
3. Der Austausch von Informationen zur Förderung der Kommunikation innerhalb der einzelnen Gruppierungen und der gesamten Szene.

Rechtsextremisten hatten aber auch vor dem Internet schon Möglichkeiten zum elektronischen Kommunikations- und Informationsaustausch. Anfang der 90er Jahre erfolgte die Kommunikation im extremistischen Bereich über sogenannte Mailbox-Systeme. Ursprünglich wollten Extremisten diese zentralen Netzwerke bundesweit zum Austausch von Nachrichten nutzen. Es waren zeilenorientierte Darstellungen also damals ohne grafische Oberflächen.

Im Zuge der steigenden Popularität des Internets wurden die Mailbox-Systeme jedoch in ihrer klassischen Form mehr und mehr verdrängt. Eine zeitlang fand man sie noch als Internetvarianten aber faktisch spielen sie heute keine Rolle mehr.

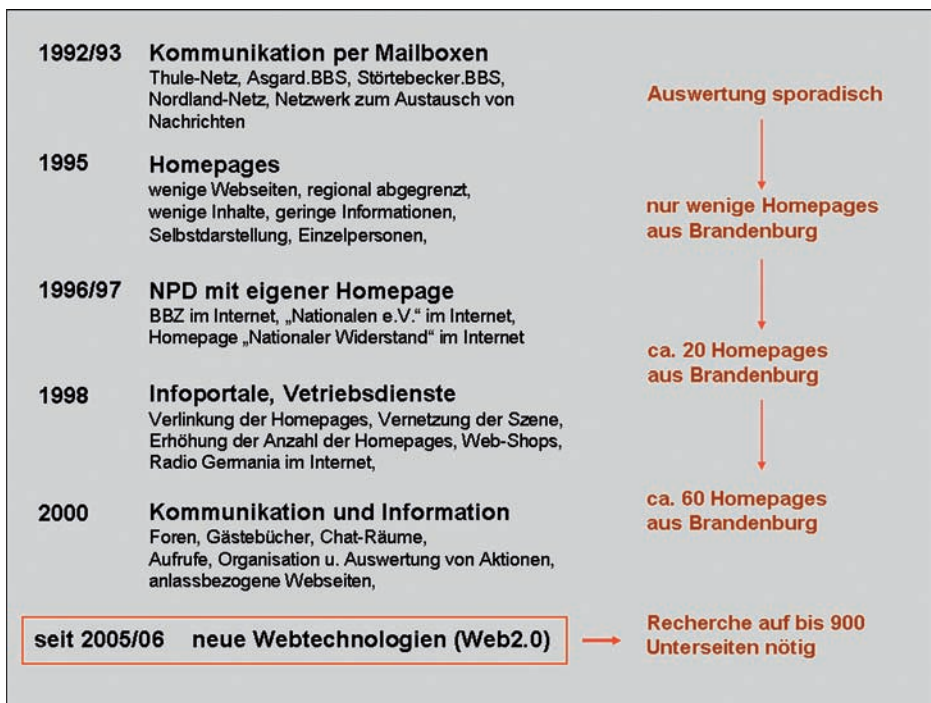
Entwicklung

Die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg hat mit der Beobachtung extremistischer Internet-Darstellungen im Jahr 1996 begonnen. Von diesem Zeitpunkt an können wir auch eine bestimmte Entwicklung im Internet feststellen:

In der zweiten Phase, also weg von den Mailboxen, entstanden im Internet immer mehr Homepages. Zu jenem Zeitpunkt wurden diese Websites überwiegend von Einzelpersonen betrieben. In der Regel waren diese Websites sehr statisch.

Die einzelnen Seiten waren meist regional begrenzt. Im Vordergrund stand die Darstellung und Präsentation der eigenen Persönlichkeit beziehungsweise der eigenen Kameradschaft. Nachrangig wurde in der Szene hingegen der Informations- und Kommunikationsaustausch untereinander behandelt. Innerhalb der Szene aber vor allem nach außen hin wollte man zeigen, dass man das Medium Internet beherrschte. Zum damaligen Zeitpunkt existierten erstaunlich viele strafrechtlich relevante Darstellungen

auf diesen Webseiten. Die Szene befand sich in einer Euphorie, da man nun in der Lage war zum Beispiel Hakenkreuze relativ einfach und unkompliziert in der Öffentlichkeit zeigen zu können.



Die Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden, die für die Beobachtung und Verfolgung verantwortlich waren, waren damals auf diesem Gebiet noch unerfahren.

Ein paar Jahre später nahmen solche Einzeldarstellungen ab. Es entstanden Webseiten mit mehr Informationscharakter. Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der Webpräsentationen in Brandenburg. Infoportale entstanden, Webzusammenschlüsse auf denen man versuchte die Szene zu vernetzen.

Zugleich entdeckten die Rechtsextremisten die kommerziellen Möglichkeiten, die ihnen das Internet bietet. Szenetypische Bekleidung, Flyer, Plakate, rechtsextremistische Tonträger, CDs von Skinheadbands wurden über das Internet vertrieben. Versand- und Vertriebsdienste, Webshops nahmen also deutlich zu.

Parallel zu dieser Entwicklung nahm die reine Darstellung strafrechtlicher Symbole auf den Webseiten wieder ab. Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, jugendschutz.net, erhöhten den Verfolgungsdruck gegen solche Websitebetreiber. Ebenso wurde bei der Staatsanwaltschaft Cottbus eine Zentralstelle für Internetstraftaten eingerichtet.

Die Szene reagierte darauf. Sie wurde vorsichtiger und bediente sich peu à peu ausländischer Provider. Platte Parolen und Hakenkreuze waren von nun an nicht mehr gefragt. Oberstes Ziel war es, der Szene eine Plattform zu bieten – das Sprachrohr Internet für Extremisten. Bald von allen angenommen bildete es innerhalb kürzester Zeit kleine „Internet-Helden“ und „Führer“ aus. Die Vernetzung innerhalb der Szene nahm immer weiter zu, egal ob Kameradschaft, Skinheadbands oder rechte extremistische Parteien.



Aber auch reine anlassbezogene Websites entstanden, die oftmals nur kurzzeitig im Internet geschaltet wurden. Aufrufe, Organisationen und Auswertungen von Konzerten, Aktionen und Demonstrationen übernahm mehr und mehr das Internet.

Im Verlauf der gesamten Entwicklung spielte dann ein weiterer Aspekt eine sehr große Rolle: Die Kommunikation über das Internet. Foren, Gästebücher, Chat-Räume, Newsgroups dienten nun verstärkt der Kommunikation und der Information.

Seit einiger Zeit befinden wir uns in einer Phase der multimedialen Darstellung. Weit entfernt vom starren Charakter einstiger Webpräsentationen.

YouTube, Skype, MySpace, Podcasting, Weblogs, RSS-Feed, Gmail

Durch den Einsatz solcher neuer Webtechnologien nimmt das Internet Dimensionen an, die auch die Sicherheitsbehörden vor neuen Herausforderungen stellen. Das Internet ist dynamisch geworden. Offene Schnittstellenprogrammierungen und Standards ermöglichen einen freien Zugriff auf Programme und Dienste von außen. Der Nutzer wird interaktiv.

Verlinkungen der Dienste untereinander und die „Verschlagwortung“ (Tagging) in den Anwendungen selbst sorgen für eine massenhafte Verbreitung. Und dies in einer rasanten Geschwindigkeit. Noch nie war es so einfach, digitale Daten in diesen Größenordnungen zur Verfügung zu stellen beziehungsweise auch im Netz abzulegen oder zu verstecken.



Die ständige Verfügbarkeit von Daten, Kommunikationstechniken und Diensten ermöglichen es praktisch jedem, seinen eigenen ganz privaten WEB-Service zu starten.

Diese Techniken der sogenannten „Web 2.0-Generation“ werden zukünftig die Möglichkeiten der Vernetzung, der Archivierung und der Kommunikation untereinander enorm erhöhen und vereinfachen.

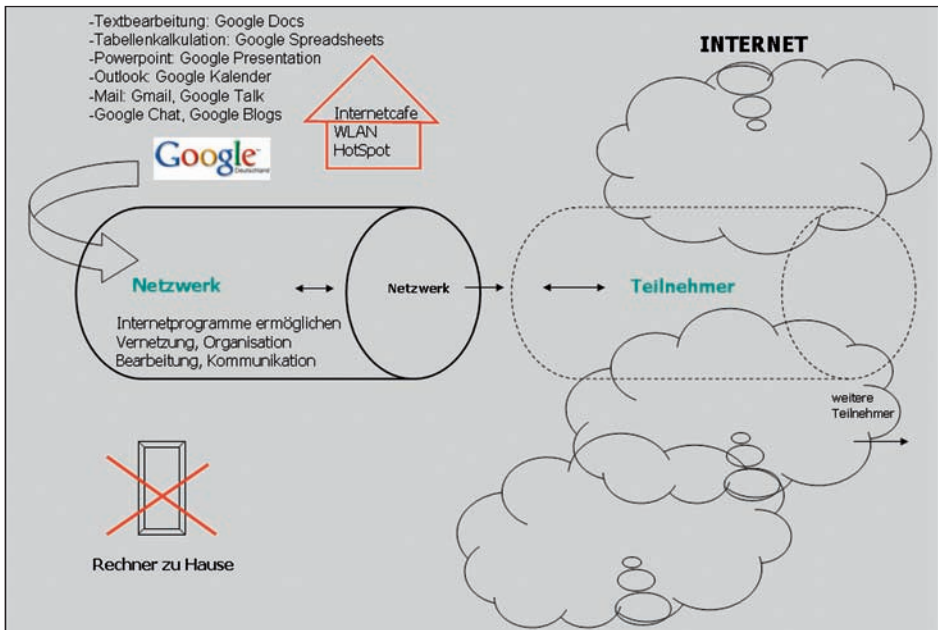
Es gibt dank des Internets keine geographischen Grenzen mehr. Aber auch die Abgrenzungen zwischen den einzelnen Webtechnologien werden nach und nach verschwimmen und auch das desktoporientierte Arbeiten weiter verdrängen. Damit brauchen wir kein Word, Excel oder Outlook mehr. Einzelnen Daten und Informationen, die Extremisten einst auf ihren Rechnern verbargen, werden im Internet abgelegt. Der heimische Rechner wird dementsprechend „sauber“ bleiben, wobei man selbst zugleich anonym und völlig frei im „Arbeitstunnel Internet“ agieren kann. Der „politische Gegner“ hat nun keinen Angriffspunkt mehr.

Sehr leistungsstarke Computer und Breitband-Internetzugänge sind inzwischen finanziell erschwinglich und keine Besonderheit mehr. Freifunktechnologien in den ländlichen

Regionen, mobile Endgeräte sowie Internet-Zugänge in öffentlichen Einrichtungen machen es möglich, quasi jederzeit und überall online zu sein.

Heute ziehen Extremisten alle Register um im Internet auf sich aufmerksam zu machen. Waren vor einigen Jahren noch die Betreiber extremistischer Homepages damit beschäftigt Links zu sammeln und sie in ihren html-Konstruktionen einzubauen, so gibt es heute:

- Bookmarkdienste,
- Mashups,
- Permalinks,
- Tagging,
- Freunde und
- Empfehlungslisten.



Die moderne Netzstruktur im Internet verlangt geradezu eine breite Streuung der Informationen. Und so schaffen gerade jene neuen Web-Anwendungen ideale Voraussetzungen, um auch extremistische Netzwerke zu knüpfen.

Heutzutage braucht man nicht unbedingt eine Domain anmelden oder einen Speicher bei einem deutschen Provider mieten. Um sich auf einer ausländischen Community anonym anzumelden braucht es nur wenige Minuten. Somit ist es nicht verwunderlich, dass Rechtsextremisten ihre Internetpräsenz auf solchen Social-Communities wieder ausbauen. Im Schutze dieser Anonymität werden auch wieder vermehrt strafbare Kennzeichen und Symbole in das Internet gestellt.

Bevor rechtsextremistische Tonträger überhaupt gepresst werden und auf dem Markt gebracht werden, existieren im Netz Demoversionen, wie zum Beispiel auf den Seiten einschlägiger Internetradios. Hier werden sie kommentiert, beworben und täglich abgespielt. Innerhalb von kürzester Zeit findet man Hinweise, Kommentare und Weiterleitungen auf rechtsextremistischer Foren. Das Internet kristallisiert sich als Marktplatz für rechtsextremistische Tonträger heraus. Darüber hinaus werden Videos, selbstgedrehte Reportagen, Demonstrationen, Verteileraktionen und gefilmte Gewalttaten, zum Teil mit Skinheadmusik unterlegt, in das Internet eingestellt. Jede noch so kleine Aktion wird multimedial aufgepeppt.

Daneben werden Internet-Radiosendungen hergestellt, E-Mails verschlüsselt und versendet, Treffen in virtuellen Räumlichkeiten organisiert, gechattet oder über das Internet telefoniert.

Auf manchen Websites brüsten sich Extremisten mit tagesaktuellen Informationen. Eine Art Pseudo-Journalismus gaukelt hier seriöse Berichterstattungen vor. Die „linke“ und die „rechte“ Szene selbst bekämpft sich mit den medialen Mitteln des Internet. Fotos des politischen Gegners werden eingestellt, auf Demonstrationen filmt man die Gegenseite, man recherchiert, man denunziert. Selbst Aktionen von Polizei und Verfassungsschutz werden im Internet veröffentlicht und dokumentiert.

Wir müssen uns aber nicht nur diesen vielen neuen Internet-Techniken stellen, wir müssen auch mit der Geschwindigkeit und mit der Masse der einschlägigen Internetpräsenzen Schritt halten.

Hatten wir in den 90iger Jahren gerade mal 12 oder 15 rechtsextremistische Websites in Brandenburg, so stieg die Zahl in den letzten Jahren. Heute sind es über 60 Homepages aus Brandenburg, die der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden können.

Jedoch täuscht diese Zahl. Denn über diese Zahl eindeutiger Websites hinaus gibt es eben eine Vielzahl von Portalen, Foren, Blogs und Web-Communities, auf denen sich

Extremisten, manchmal versteckt oder aber auch ganz offen präsentieren. Sie nutzen herkömmliche, meist von amerikanischen Servern betriebene Internetplattformen, um ihre Netze aufzubauen. Und so haben wir sehr viel mehr Seiten auf denen täglich, ja stündlich neue Informationen und Erkenntnisse eingestellt werden.

Wir haben es in der Tat mit dynamischen Prozessen zu tun, die jederzeit vom User verändert werden können. Jede Veränderung wirkt sich sofort – also quasi in Echtzeit – auf den Inhalt aus.

Hier zu recherchieren geht natürlich nicht mehr per Hand. Wir bedienen uns hier automatisierter Verfahren. Eine gut organisierte und funktionierende Internetrecherche in der Behörde ist also heutzutage Voraussetzung, um überhaupt im Netz Schritt halten zu können.

Ebenso ist aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Organisationen wichtig. Mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Internetzentrums (GIZ) in Berlin, haben es sich die Sicherheitsbehörden zur Aufgabe gemacht, Informationen durch Beobachtung islamistischer Websites zu beschaffen und auszuwerten. Das erfolgt insbesondere durch arbeitsteilige Vorgehensweise:

- Zusammenführung von fachlicher und technischer Expertise,
- Bündelung der Sprach- und Wissenskompetenz.

Hier vertreten sind das Bundesamt für Verfassungsschutz und die jeweiligen Landesämter für Verfassungsschutz. Aber auch das BKA, der BND und der Militärische Abschirmdienst (MAD).

Seit September 2006 besteht außerdem eine gemeinsame Einrichtung, eine bundesweite Recherche- und Kommunikationsplattform, auf die die Polizei, der Verfassungsschutz und der MAD gemeinsam zu greifen können. Die Behörden arbeiten zusammen und tauschen gemeinsam Internet-Erkenntnisse aus.

Seit einigen Jahren besteht außerdem eine Länder übergreifende Expertengruppe im Verfassungsschutzverbund. Dort beschäftigt man sich ausschließlich mit Problemen der Internetauswertung und Recherche. Die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg ist sehr aktiv in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Ziel ist es Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die die Internetrecherchen erleichtern und eine effektive Auswertung ermöglichen.

Ausblick

Eines ist auf jeden Fall gewiss, es wird im Internet ständige Veränderungen geben. Es wird immer wieder neue Phänomene geben, die wir jetzt noch nicht einmal erahnen können. Mit Sicherheit kann man sagen, dass das Internet noch schneller werden wird. Es entstehen Mikrokanäle – Podcasts, skype, Paltalk, Messenger eigenständige Kommunikationsstränge in Größenordnungen die über das Internet laufen. Informationskanäle die keinen Regeln unterliegen. Und die Communities... die „Communities stellen die zukünftige Organisationsform für Konsumentenbeziehungen für Kommunikation und Information dar. Digitale Gemeinschaften entstehen und schaffen ein völlig neues Nutzerverhalten.

Eine entscheidende Rolle im Internet werden WLAN, mobile Endgeräte und vor allem GPRS – Geoinformationen haben, um noch gezielter auf die Nutzergruppe einzuwirken zu können. Wenn Internet-Techniken und Geoinformationen gekoppelt werden, wird man **entscheidenden Einfluss auf das Nutzerverhalten haben können**. GPS-Handys werden automatisch Nachricht geben, wenn eine bekannte Person in der Nähe ist oder jemand, dessen Profil mit dem eines bestimmten Netzwerkes, einer Organisation zum Beispiel übereinstimmt. Und so könnten nur bestimmte Nutzer, die vorher genau definiert sind, diese Informationen automatisch erhalten, wenn sie diesen Ort passieren.

Mit einem internetfähigen Handy lassen sich auch „digitale Graffitis“ fotografieren und in eine URL umwandeln, die eine entsprechende Webseite aufruft. So erhält man digitale Zusatzinformationen zu bestimmten Orten direkt aus dem Netz. Für die Mobilität und Organisation einer extremistischen Gruppierung, einer Szene sind das alles doch sehr interessante Gedanken.

All diese Techniken und neuen Möglichkeiten sind keine vorübergehenden Trends oder Modeerscheinungen, die irgendwann wieder verschwinden. Es sind Ausdrucksformen in einem globalen Netzwerk, die von der Internetgemeinde angenommen, weiterentwickelt und verbreitet werden. Tausende Programmzeilen wurden geschrieben, Millionen User nutzen die Programme. Extremisten springen hier auf und schaffen eben auch einen **Extremismus 2.0**.

Diese Entwicklung kann man nicht ignorieren und sie lässt sich nicht aufhalten.

Vielen Dank für ihr Aufmerksamkeit.

Michaela Lehmann, Gemeinsames Internetzentrum „Propaganda islamistischer Terroristen im Internet“

1. Einleitung

Die Anzahl von Internetseiten mit islamistischen und islamistisch-terroristischen Inhalten geht in die Tausende. Eine seriöse Quantifizierung dieses Materials im Internet ist nicht möglich. Auch Islamisten nutzen immer häufiger interaktive, oft auch nicht dezidiert islamistische Internetdienste wie Weblogs, Diskussionsforen, Videoplattformen oder Social Networks zur Verbreitung ihrer Propaganda.

Durch die kontinuierliche Sichtung einschlägiger Internetseiten können Sicherheitsbehörden verfolgen, wann al-Qaida neue Propagandavideos veröffentlicht und wie Anhänger des islamistischen Terrorismus darauf reagieren. Das Internet ermöglicht es den Sicherheitsbehörden, einen Einblick in die Innenansicht islamistisch-terroristischer Anhänger zu erhalten und die beabsichtigte Außendarstellung islamistisch-terroristischer Gruppierungen wahrzunehmen.

Der Verfassungsschutz trennt strikt zwischen den Begriffen Islam und Islamismus. Unter Islamismus versteht der Verfassungsschutz in Abgrenzung zum Islam eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Das Ziel von Islamisten ist es, eine Gesellschafts- und Rechtsordnung zu errichten, die ausschließlich auf ihrer Vorstellung vom Islam basiert. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam demnach nicht nur Weisungen für die Beziehung zwischen Mensch und Gott, sondern Anweisungen für politisches Handeln. Häufig geht dies einher mit der Vorstellung, dass sie die vorgeblich islamisch legitimierten politischen Ziele auch mit Gewalt verfolgen dürfen (islamistischer Terrorismus).

2. Die Propaganda islamistischer Terroristen im Internet

2.1. Stellenwert der Propaganda islamistischer Terroristen

Inhalte mit Bezug zum islamistischen Terrorismus, also Inhalte, die sich mit dem Kampf von sogenannten Mujahidin beschäftigen, können in erster Linie durch die vielen Propagandavideos im Internet wahrgenommen werden. Es gibt zahlreiche Videos, die sich ideologisch an den Vorstellungen von al-Qaida orientieren. Sie thematisieren die so von ihnen wahrgenommene weltweite Unterdrückung der Muslime und berichten über Gräueltaten gegenüber der muslimischen Zivilbevölkerung an Kriegsschauplätzen, in denen Muslime involviert sind oder waren (Palästina, Irak, Tschetschenien, Bosnien etc.). Urheber der misslichen Lage von Muslimen seien – so wird es seit Jahrzehnten in der islamistisch-

terroristischen Propaganda verbreitet – zuvorderst die Juden, gefolgt von den USA, dem Westen und den von Ungläubigen regierten und korrupten arabischen Regimen.

Auch islamistische Terroristen haben seit Langem erkannt, dass zum Erfolg der weltweiten Bewegung militärische Erfolge und geglückte Anschläge nicht ausreichen. Sie betreiben einen großen Aufwand, um ihre Erfolge medial zu inszenieren und die erfolgreichen Anschläge in Videos zu dokumentieren. Die mediale Aufbereitung wird hierbei immer professioneller und immer vielseitiger: Es erscheinen nicht nur die klassischen Propaganda-Videos und Audios, sondern auch Online-Zeitschriften und Online-Bücher, die ideologische und militärische Schulungen bieten. Mit Hilfe dieser Propaganda wollen die Hersteller Anhänger gewinnen, indem sie ihrem Kampf die moralische und religiöse Legitimität verleihen, die eine möglichst breite muslimische Öffentlichkeit überzeugen soll. Gerade junge Männer versuchen die Propagandisten auch über ein idealisiertes Bild zu gewinnen, das vom Leben und Sterben als Kämpfer für die Sache al-Qaidas gezeichnet wird: Die Propaganda erweckt die Vorstellung eines abenteuerlichen von Gemeinschaftsgefühl und religiöser Sinnhaftigkeit geprägten Daseins.

2.2. Veröffentlichung und Verbreitung im Internet

Die Vorteile des Internet bei der Veröffentlichung der Propaganda liegen auf der Hand: Die Veröffentlichung im Netz verläuft weitestgehend autark. Islamisten müssen keine redaktionellen Eingriffe befürchten, wie sie beispielsweise der arabische Fernsehsender „al-Jazeera“ bei den al-Qaida-Videos vorgenommen hat. Außerdem ermöglicht das Internet eine schnelle Verbreitung, die nicht nur billig ist, sondern auch weitestgehende Anonymität verspricht.

Abgesehen von der Verbreitung der Propaganda bietet das Internet auch weitere Möglichkeiten für islamistische Terroristen: Sie können hier virtuelle Netzwerke bilden, sowohl in offenen als auch in geschlossenen Foren. Dies kann zu einer Radikalisierung von Anhängern führen. Anonyme Kontakte ermöglichen dann weitere ideologische und militärische Schulungen.

Die Verbreitungswege der islamistisch-terroristischen Propaganda sind seit Jahren eingespielt und stabil. Sie werden nicht nur von al-Qaida, sondern auch von regionalen Gruppierungen – beispielsweise al-Qaida im islamischen Maghreb oder terroristischer

Gruppierungen im Irak – in Anspruch genommen und verlaufen über das „Medienzentrum al-Fajr“. Dieses Medienzentrum existiert seit 2006; es ist die zentrale und exklusive Veröffentlichungsstelle der Propaganda.

Die Veröffentlichung verläuft nach bewährtem Muster: Wenn bspw. al-Qaida ein neues Propaganda-Video hergestellt hat, wird dieses auf eine der wenigen autorisierten „islamistisch-terroristischen Internetseiten“ von sogenannten „Korrespondenten“ eingestellt. Anhand dieser Art der Veröffentlichung ist die Authentizität eines al-Qaida-Videos ziemlich sicher zu bestimmen.

Die weitere Verbreitung der Propaganda verselbstständigt sich dann umgehend: Das Video wird verschickt, auf anderen Homepages eingestellt, immer mehr auch auf Seiten wie Youtube oder in social networks.

Somit sind auch die Reaktionen auf einzelne Videos zu verfolgen: Wird ein Video begrüßt, kommentiert, greifen die Anhänger bestimmte Themen hieraus auf und diskutieren sie. Die einschlägigen Internetseiten sind somit nicht nur Umschlagplatz für Propaganda, sondern sowohl Treffpunkt als auch Nachrichtenbörse von Anhängern des islamistischen Terrorismus und geben einen guten Einblick in das, was sie bewegt.

2.3. Inhalt von Propaganda-Videos

Gerade in den vergangenen Jahren hat sich eine entscheidende Veränderung zum Inhalt von Propagandavideos ergeben: Die Hinrichtungsvideos, initiiert 2004 von Abu Musab al-Zarqawi im Irak, in denen er vor laufender Kamera die Enthauptung von amerikanischen Gefangenen oder anderen von ihm zum Feind deklarierten Opfern zeigte, sind Gott sei Dank zurück gegangen. Abgelöst wurden sie von den so genannten Märtyrervideos, die in der Regel den Selbstmordattentäter zeigen, wie er die Tat vorbereitet und schließlich ausübt, gefolgt von Huldigungen und Lobpreisungen auf seine Tat und der Betonung, dass er für die Sache Allahs gestorben sei und nun seinen Platz im Paradies eingenommen habe. Ein Beispiel hierfür ist das Video des in Deutschland aufgewachsenen Attentäters Cüneyt Ciftci im Sommer dieses Jahres. Ciftci hatte einen Anschlag auf einen amerikanischen Stützpunkt in Afghanistan verübt, der in zahlreichen Videos aufbereitet wurde.

Desweiteren finden wir nach wie vor die klassischen Propaganda-Videos, die nach einem gängigen Muster aufgebaut sind. Sie schildern das Leid der Muslime in drastischen Bildern und präsentieren dann die Lösung: Der Kampf der Mujahidin gegen den

Westen und gegen die „ungläubigen“ Regime muslimischer Staaten. Islamisten werfen arabischen Regierungen – gemeint sind unter anderem Länder wie Saudi-Arabien oder Ägypten – vor, mit westlichen Staaten zu kooperieren und die islamische Gemeinschaft zu verraten (Beispielsweise Saudi-Arabien, das den USA Anfang der 1990er Jahre erlaubte, seine Truppen im Land der beiden heiligen Stätten zu stationieren). Al-Qaida und andere islamistische Organisationen präsentieren sich so als Verteidiger der Muslime und Beschützer der islamischen Welt gegen „den Westen“ und nutzen ihre Propaganda, um potenzielle Anhänger auf die Bedrohung aus „dem Westen“ aufmerksam zu machen und wachzurütteln, dass hiergegen gekämpft werden müsse.

2.4. Neue Trends

Deutschland zählt schon seit Langem in den Augen gewaltbereiter Islamisten zum Lager der so genannten „Kreuzzügler“, das heißt zu den Verbündeten der USA und Israel, insbesondere im Hinblick auf das Engagement in Afghanistan und wegen der Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften im Irak. Wegen dieses Engagements richtete die „Globale Islamische Medienfront“, kurz GIMF, Drohungen an Deutschland und Österreich. Bei der GIMF handelt es sich um einen virtuellen Zusammenschluss von Internetaktivisten, deren Ziel es ist, im Internet für den globalen Kampf islamistischer Terroristen zu werben. Dabei veröffentlicht sie selbstproduzierte Filme, schwerpunktmäßig in Arabisch, teilweise auch in europäische Sprachen übersetzt. Im Internet forderte der deutsche Ableger der GIMF Deutschland und Österreich 2007 dazu auf, ihre Soldaten aus Afghanistan abzuziehen.

Im vergangenen Jahr sind immer zahlreichere Deutschlandbezüge bei den Videos aufgetaucht. Dies gilt insbesondere für die Verlautbarungen der Islamischen Jihad Union (IJU), die inzwischen deutsche Sequenzen oder Untertitel enthalten und – im Falle des deutschen Konvertiten Eric Breininger und des in Deutschland aufgewachsenen Cüneyt Ciftci – sogar deutsche „Hauptdarsteller“.

Die Taleban bekennen sich in der Regel zu all ihren Anschlägen in Afghanistan und somit auch zu jenen gegen deutsche Soldaten. Die Opferzahlen sind grundsätzlich weit übertrieben, die Lobpreisung der Tat ist immer die gleiche.

Neben den vermehrten Deutschlandbezügen ist auch eine zunehmende Sprachenvielfalt bei den publizierten Propagandavideos wahrzunehmen. Waren sie früher fast aus-

schließlich in Arabisch gehalten, so werden sie heute nicht nur ins Englische übersetzt und Untertitelt, sondern auch in Sprachen wie Russisch, Paschtu, Französisch oder Deutsch. Sie werden entweder direkt synchronisiert oder Untertitelt oder mit nur kurzer Verzögerung in zahlreiche Sprachen übersetzt neu ins Internet eingestellt.

3. Fazit

Die Propaganda islamistischer Terroristen im Internet hat zugenommen und wird voraussichtlich auch in den folgenden Jahren weiter zunehmen. In erster Linie handelt es sich um Propaganda, die den internationalen Kampf islamistischer Terroristen unterstützen soll. Diese Propaganda wird immer professioneller aufbereitet und in immer mehr Sprachen – auch europäischen – im Internet verbreitet, wodurch die globale Ausrichtung des Phänomens unterstützt wird. Das Internet begünstigt diese Entwicklung durch Anonymität und schnelle Verbreitungswege sowie zeitnahe Adressierung an die gesamte Welt. Ebenso kann Unterstützung für die schnelle weitere Verbreitung aus allen Teilen der Welt stammen.

Diese Möglichkeiten der Verbreitung, Adressierung und Mitarbeit geben dem Phänomen nicht nur den von den al-Qaida-Akteuren gewünschten globalen Charakter, sie tragen auch dazu bei, dass die – zugegeben sehr rudimentäre – al-Qaida-Ideologie von zahlreichen regionalen Gruppierungen aufgegriffen wird und für die Legitimierung des eigenen Kampfes (gegen die eigene Regierung oder ähnliches) herangezogen werden kann.

Der Effekt ist die scheinbare Homogenisierung des Kampfes, die den einzelnen Anhängern ein Gefühl von einer global agierenden Bewegung gibt.

Alexandra Beyersdörfer, jugendschutz.net
„Strategien gegen Rechtsextremismus im Internet“



Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich, die Gelegenheit zu haben, Ihnen jugendschutz.net und unser Projekt „Rechtsextremismus im Internet“ vorstellen zu dürfen.

Das Medium Internet eröffnet der rechtsextremen Szene völlig neue Möglichkeiten der Agitation und Propaganda, und das weltweit. Die Vorteile des Internets für Rechtsextreme liegen auf der Hand: Das Internet hat einen hohen Nutzungsgrad, ganz besonders auch unter Jugendlichen. Und es ermöglicht, sich zu Hause ganz anonym am PC Informationen zu beschaffen und sich darüber auch langsam an Inhalte beziehungsweise Gruppierungen heranzutasten. Darauf setzen Rechtsextreme, indem sie geschickt mit jugendaffinen Angeboten die Aufmerksamkeit von Jugendlichen auf sich ziehen und dann in einem nächsten Schritt versuchen, sie für die rechtsextreme Szene zu rekrutieren.

Für die rechtsextreme Szene selbst bedeutet das Internet auch eine Vereinfachung der internen Vernetzung und Kommunikation. Und der Verkauf von Szene-Artikeln wie CDs und Kleidung wird durch den Online-Versand über Ländergrenzen hinweg leicht gemacht.

Ich möchte im Folgenden versuchen, einen Eindruck zu vermitteln, wie und an welchen Stellen des Internets sich Rechtsextreme gezielt an Jugendliche heranmachen und mit welchen Mitteln sie junge Internet-User ködern, zumindest potenziell.

Zunächst noch eine kurze Bemerkung zu jugendschutz.net selbst:

jugendschutz.net wurde im Jahr 1997 von den Jugendministerien aller Bundesländer gegründet als Zentralstelle für den Jugendschutz im Internet. Wir überprüfen das Internet auf unzulässige Inhalte und entwickeln daraufhin Gegenmaßnahmen. Ziel ist, dass strafbare beziehungsweise problematische Inhalte so verändert werden, dass von ihnen keine Gefahr mehr für Kinder und Jugendliche ausgeht beziehungsweise die betreffenden Webangebote vollständig aus dem Internet entfernt werden. Kernarbeitsbereiche von jugendschutz.net sind Pornografie, problematische Kontakte in Chat-Rooms, Gewaltdarstellungen und Rechtsextremismus.

Das Projekt „Rechtsextremismus im Internet“ von jugendschutz.net besteht seit 2000 und wird seit dem Jahr 2007 von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Entscheidend für unsere Recherchen ist, dass wir nicht nur im Blickfeld haben, welche Web-Angebote grundsätzlich für Kinder und Jugendliche ungeeignet sind, sondern auch welche Mittel Rechtsextreme einsetzen, um Kinder und Jugendliche gezielt anzusprechen und welche Gefahren aufgrund dessen bestehen können.

Vier Säulen bestimmen die Arbeit dieses Projektes:

- **Recherche und Monitoring von Internet-Angeboten**
- **Die Entwicklung von Gegenmaßnahmen**
- **Internationale Kooperationen, um über die Grenzen Deutschlands hinweg rechtsextreme Inhalte im Web zu bekämpfen**
- **Aufklärung und Prävention über den Bereich der Medienpädagogik**

Neo-nazistische Kameradschaften spielen in der rechtsextremen Szene eine maßgebliche Rolle, eine große Anzahl von Webpräsentationen gibt ein Abbild davon. Dabei wird es in zunehmendem Maße schwieriger, rechtsextreme Angebote als solche auf Anhieb zu erkennen, besonders für Jugendliche. Die Seiten sind vermehrt bunt und ansprechend und auch übersichtlich gestaltet. Positiv besetzte Begriffe wie beispielsweise „Freiheit“ oder „Revolution“ machen neugierig und verleiten Jugendliche dazu, sich die Seiten genauer anzuschauen. Damit erreichen Rechtsextreme ihr Ziel, ihre Propaganda und Ideologie geschickt zu verpacken und zu verbreiten.



Website der rechtsextremen Aktionsgruppe Württemberg

Vermehrt tauchen im Internet Seiten von so genannten „Autonomen Nationalisten“ auf. Unter diesem Begriff formieren sich aktionistische Neonazis, die sich lokal organisieren und neben ihren Websites Propaganda in Form von Aufklebern, Plakaten und Flugblättern verbreiten. Charakteristisch ist das Benennen von Feindbildern wie zum Beispiel die USA, die als eine vor allem jüdisch geleitete Weltmacht verstanden wird.

Deshalb sind anti-amerikanische Parolen in diesem Zusammenhang auch immer antisemitisch. Dies steht im Kontext einer aggressiven, gewaltverherrlichenden Symbolik, das heißt Autonome Nationalisten versuchen sich antikapitalistisch, modern und militant zu geben, um damit erlebnisorientierte Jugendliche für sich zu gewinnen. Weiterhin fällt auf, dass sie sich bei Kleidung und Auftreten an militanten, linken Autonomen orientieren, was ein weiteres Kennzeichen dafür ist, wie Rechtsextreme gezielt versuchen, nicht sofort als solche erkennbar zu sein.

Aktionismus in Verbindung mit multimedialen Elementen steht im Vordergrund von zahlreichen Websites. Mittlerweile kann es als Standard betrachtet werden, dass Videos auf den Seiten integriert sind und oftmals auch als Handydownload zur Verfügung stehen.

Es gibt aber auch Webangebote, die für Aktionen wie Graffitis das entsprechende Werkzeug bieten wie zum Beispiel Sprühschablonen zum Download. Graffitis sind kein spezielles Element der rechtsextremen Szene. Genau diese Entwicklung, verstärkt auf Elemente und Aktionen anderer Jugendkulturen zurückzugreifen und nicht auf Anrieb als rechtsextrem identifizierbar zu sein und damit auch eine ganz neue Relevanz zu erhalten, ist der Szene selbst durchaus bewusst, wie aus einem Text deutlich hervorgeht. Zitat: „Nationale Sozialisten können sich kleiden wie sie möchten und sind in der Gesellschaft verankert wie jeder andere Jugendliche auch.“ Noch können wir sagen, dass das so nicht stimmt. Doch Rechtsextreme haben mittlerweile eine gute Taktik entwickelt, darauf hinzuarbeiten.

Identifikationsfiguren spielen in der rechtsextremen Szene eine große Rolle. Neben Nazi-Größen sind vor allem Musiker von großer Bedeutung, wie der Sänger Michael Regener alias Lunikoff von der in Deutschland verbotenen Neo-Nazi-Band „Landser“. Lunikoff wurde wegen volksverhetzenden Aussagen zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, ist jedoch inzwischen wieder auf freiem Fuß. Von der Szene wird er zum Opfer des Systems und einer fehlenden Meinungsfreiheit hoch stilisiert, was beispielhaft für die Ausblendung von Verbrechen und Straftaten im nationalsozialistischen wie neonazistischen Kontext ist.



Rechtsextremes Lifestyle-Angebot mit Graffiti zum Download

Das Web 2.0 hat die Internetlandschaft radikal verändert und zu einer neuen, vielfältigen und intensiveren Nutzung des Internets geführt. Auch bei Rechtsextremen ist dieser Trend angekommen und hat dazugeführt, dass diese besonders Social Communities wie Schüler-VZ und Video-Plattformen wie YouTube für ihre Propaganda-Zwecke missbrauchen. Auf diese Weise gelingt es ihnen, an unbedarfte Nutzer heranzutreten und über Profile oder Musik- und Aktionsvideos mit rechtsextremen Inhalten auf sich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig nutzen Rechtsextreme Social Communities, um darüber auf eigene Szene-Angebote zu verlinken. Bei internationalen Angeboten kommt hinzu, dass die jeweiligen Gesetzesbestimmungen meistens nicht das Hochladen von beispielsweise Videos mit rassistischen, antisemitischen und auch Holocaust leugnenden Inhalten sowie mit Nationalsozialismus verherrlichender Symbolik verhindern.

Die Anzahl der rechtsextremen Webangebote nimmt derzeit zu, gleichzeitig werden die Seiten immer professioneller und bleiben auch immer länger online. Um die Websites für Jugendliche attraktiv zu gestalten, werden verstärkt multimediale und interaktive Elemente eingesetzt. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, rechtsextreme Angebote als solche auf den ersten

Blick zu erkennen. Menschenverachtende Ideologie ist geschickt mit Unterhaltungswert gepaart und erschwert gerade dadurch eine kritische Reflexion der Aussagen und Inhalte.

Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, um gegen Rechtsextremismus im Internet aktiv zu werden? Was wir brauchen und wofür jugendschutz.net sich einsetzt, ist eine Kultur der gemeinsamen Verantwortung. Verstöße müssen konsequent geahndet werden. Gleichzeitig müssen Provider mehr Ressourcen einsetzen, um Hassseiten und -parolen im Netz zu unterbinden. Aber auch internationale Kooperationen sind wichtig, um so der Internationalität des Internet gerecht werden zu können. Und schließlich sind auch die User selbst gefragt, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen.

Um Rechtsextremen die Propaganda-Plattform zu entziehen, arbeiten wir mit Stellen auf unterschiedlichen Ebenen zusammen wie Strafverfolgung, Medienaufsicht und den Providern. Durch die Überprüfung der Anbieter-Daten ist es möglich herauszufinden, welcher Provider hinter dem Angebot steht und wo dieser zu verorten ist. In Deutschland bestehen eindeutige Gesetzes-



Rechtsextreme Gruppe „Freiheit für Lunikoff!“ bei StudiVZ

grundlagen, die auch für das Internet gelten und klar bestimmen, was verboten ist. Wird ein deutscher Provider über unzulässige Inhalte in Kenntnis gesetzt, ist er verpflichtet, diese zu entfernen. Doch auch im Ausland bestehen große Erfolgschancen, denn die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der meisten Provider untersagen Websites mit rassistischen und neonazistischen Inhalten. jugendschutz.net weist die Provider auf die Verstöße gegen die AGBs hin, sodass die rechtsextremen Angebote gelöscht werden. Ist dies bei ausländischen Angeboten nicht möglich, wenden wir uns an unsere Partnerorganisationen im Ausland, die sich dann um die Löschung des Angebotes kümmern.

Das Ziel unserer Maßnahmen ist, dass Verstöße schnellstmöglich beseitigt werden, also aus dem Internet verschwinden um somit nicht mehr für Kinder und Jugendliche zugänglich zu sein. Die eigene Recherche trägt maßgeblich zum Auffinden rechtsextremer Webangebote bei, ca. 75 % werden darüber dokumentiert. Doch auch die Hinweise, besonders über die Online-Beschwerdestelle von jugendschutz.net, nehmen stetig zu. Auf der Website von jugendschutz.net besteht die Möglichkeit, unzulässige Webangebo-

te zu melden. Zahlen belegen den Erfolg unserer Arbeit: 80 % aller unzulässigen Inhalte werden durch die Kontaktaufnahme zum Provider im In- und Ausland gelöscht. Ebenso werden mittlerweile fast 100 % der strafbaren Videos auf den jeweiligen Plattformen gelöscht. Bei unzulässigen Websites, gegen die sonst keine Handlungsmöglichkeiten bestehen, setzt jugendschutz.net auf deren Indizierung durch die BPjM. Die in der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimediale Dienste (FSM) organisierten deutschen Suchmaschinen löschen indizierte Angebote auf Basis einer Selbstverpflichtung aus ihren Suchindizes, so dass sie für Kinder und Jugendliche nicht mehr so einfach zu finden sind.

Wie schon erwähnt, spielt die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene eine bedeutende Rolle. 2002 gründete jugendschutz.net gemeinsam mit der niederländischen Magenta Stiftung das International Network Against Cyber Hate, kurz INACH, mit Sitz in Amsterdam. Das Netzwerk dient dazu, sich ständig über aktuelle Phänomene im rechtsextremen Spektrum auszutauschen und bei strafbaren Angeboten sich gegenseitig dabei zu unterstützen, Handlungsmöglichkeiten zu finden. Des Weiteren finden jährlich Workshops und Konferenzen statt, um einzelne Arbeitsschwerpunkte bzw. die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu vertiefen. Mittlerweile ist das Netzwerk auf 18 Staaten angewachsen, unter anderem USA, Kanada und Russland.

Neben dem Ziel, möglichst viele rechtsextreme Websites aus dem Internet verschwinden zu lassen, ist für unser Projekt die medienpädagogische Arbeit zentral. Im Rahmen von Workshops, Seminaren und Vorträgen finden Veranstaltungen mit Schülern, Studenten und Multiplikatoren, besonders Lehrern und außerschulischen Jugendbetreuern statt. Nur durch Aufklärung ist es möglich, für die Relevanz und Problematik der rechtsextremen Szene zu sensibilisieren und gleichzeitig für eine kritische Auseinandersetzung zu stärken. Wichtig ist hierbei vor allem auch, Wege aufzuzeigen, was man selbst im Internet gegen ungewollte Seiten machen kann. Bei Schüler-VZ gibt es beispielsweise ein Meldeprofil, über das man sämtliche Profile mit rechtsextremen und rassistischen Inhalten melden kann und die dann umgehend gelöscht werden.

Schüler-VZ ist ein Netzwerk, das sich explizit gegen Inhalte, die in irgendeiner Form in einem rechtsextremen Kontext stehen, ausspricht und Mitglied des deutschen Netzwerkes „Netz gegen Nazis“ ist. Ebenso findet man in der Community eine gleichnamige Gruppe, deren Mitgliedszahl die Zahl der rechtsextremen User weit übersteigt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



1. Definition der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände, der Tat und/oder der Einstellung des Täters folgende Anhaltspunkte vorliegen:

- Beeinflussung des demokratischen Willensbildungsprozesses,
- gerichtet gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung,
- Gefährdung des Bestandes und/oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik und
- gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung etc.

Alle im Strafgesetzbuch (StGB) im Besonderen Teil (1. bis 5. Abschnitt) explizit als Staatsschutzdelikte aufgeführten Tatbestände (zum Beispiel §§ 86 a; 129 a und b StGB) werden als PMK erfasst, auch wenn eine politische Motivation im Einzelfall nicht festgestellt wurde.

2. Aufgaben und Struktur des polizeilichen Staatsschutzes im Land Brandenburg

Die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität im Land Brandenburg erfolgt seit der Neuorganisation der Kriminalitätsbekämpfung im Land Brandenburg mit Wirkung vom 01.07.2008 zweistufig. In den Kriminalkommissariaten II der Schutzbereiche werden alle Anzeigen und Ermittlungsverfahren der Politisch motivierten Kriminalität bearbeitet.

Das LKA Brandenburg (Abteilung Staatsschutz) nimmt als Zentralstelle für das Land Brandenburg schwerpunktmäßig die Funktion der Nachrichtensammel- und Auswertestelle gemäß § 80 Abs. 3 des Brandenburgischen Polizeigesetzes (BbgPolG) wahr. Daneben führt es die polizeilichen Ermittlungen gemäß § 80 (4, 5 und 6) BbgPolG.

Dabei verfolgt sie das Ziel, das im Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität (in der Fassung vom 03.03.2006) festgeschrieben ist. Es definiert den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und die Stärkung der inneren Sicherheit als vornehmliches Ziel. Darüber hinaus ist die konsequente Verhinderung, Aufklärung und Verfolgung politisch motivierter Straftaten vorrangige Verpflichtung und spezielle Aufgabe von Kräften des polizeilichen Staatsschutzes sowie Auftrag für alle Polizeibeamten.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und einschlägige Gewalt bilden einen Schwerpunkt polizeilicher Tätigkeit im Land Brandenburg. Dabei werden auch Straftaten, welche unter Nutzung des Internet begangen werden, konsequent verfolgt.

3. Lagedarstellung rechtsextremistischer Internetstraftaten im Zeitraum 2003-2007

Im Land Brandenburg wurden im Zeitraum von 2003 bis 2007 insgesamt 70 politisch motivierte Internetstraftaten, davon 61 dem Phänomenbereich -rechts- zuzuordnen, festgestellt. Bei den rechtsextremistischen Straftaten handelt es sich mehrheitlich um Tathandlungen im Sinne der §§ 86, 86 a, 130 und 185 StGB.

Exemplarisch waren dies Feststellungen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wie dem Hakenkreuz, rechtsextremistischen Parolen, volksverhetzenden und beleidigenden Äußerungen auf Internetseiten, in Foren und Gästebüchern. Durch virtuelle Aktionsplattformen, rechtsgerichtete Versandhandelspräsenzen und Einzelpersonen wurden via Internet unter anderem strafrechtlich relevante Tonträger, Bücher, Filme,

Bilder, Spiele und Fahnen zum Erwerb angeboten. In einigen Fällen wurden E-Mails und Spams mit volksverhetzenden und/oder beleidigenden Inhalten an Behörden und öffentliche Einrichtungen sowie an Vereine im Land Brandenburg versandt.

Während in den Jahren 2003 bis 2006 ein stetiger Anstieg der strafrechtlich relevanten rechts-extremistischen Angebote im Internet zu verzeichnen war, ist diese Zahl seit 2007 deutlich rückläufig (2006: 17 Straftaten, davon 8 aufgeklärt; 2007: 8 Straftaten, davon 6 aufgeklärt).

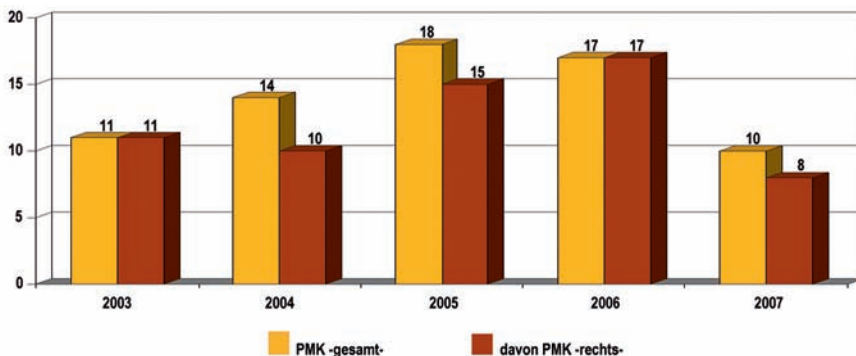


Abb. 1: Politisch motivierte Internetstraftaten im Land Brandenburg

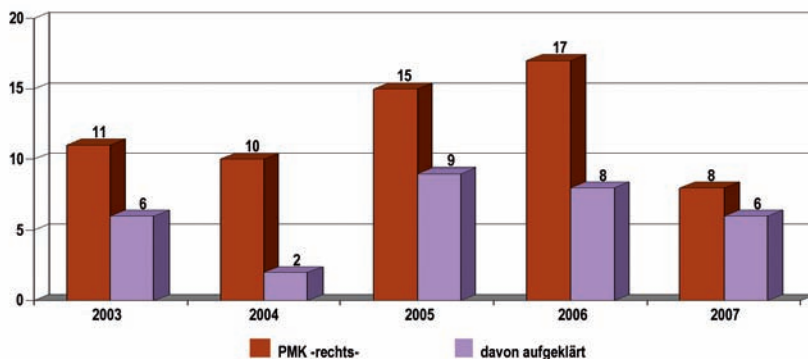


Abb. 2: Politisch motivierte Internetstraftaten -rechts- im Land Brandenburg

4. Polizeiliche Verfolgung von Internetstraftaten

4.1 Allgemeines

Die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Internetstraftaten erfolgt im Land Brandenburg vorrangig in den Schutzbereichen, lediglich „herausragende“ Verfahren werden durch das Landeskriminalamt bearbeitet.

Das LKA führt im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion Internetrecherchen auf einschlägig polizeilich bekannten Internetdomains zum Zwecke der Erkenntnisgewinnung im Bereich der strategischen Auswertung durch. Bei Feststellung strafrechtlich relevanter Inhalte erfolgen die Fertigung einer Strafanzeige sowie die Information an „jugendschutz.net“ und die zuständige Landesanstalt für Rundfunk und Medien bzw. die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM).

Das „Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ (ProPK), erreichbar unter www.Polizei-Beratung.de betreibt neben vielfältigen anderen Themenfeldern auch Präventionsarbeit zu den Gefahren im Internet.

4.2 Besonderheiten bei der Verfolgung von Internetstraftaten

Die polizeiliche Verfolgung von Internetstraftaten erfolgt auch hier im Regelfall nach Eingang von Anzeigen und nur im Ausnahmefall von Amts wegen, da eine präventive Überwachung des Internets durch die Polizei nicht erfolgt.

Täter im Internet sind durch die weltweite Vernetzung des Mediums nicht mehr an einen klassischen Tatort gebunden, Tathandlungen werden an virtuellen Tatorten mit virtuellen Handschriften begangen. Beweiskräftige Daten sind häufig nur im Ausland verfügbar, in Deutschland sind diese oft verschlüsselt oder gelöscht.

Auf Grund der Vielfältigkeit und Schnelllebigkeit von Internetangeboten können potentielle Täter leider häufig von einem geringen Entdeckungsrisiko der Tat ausgehen.

Vor dem Hintergrund dieser Besonderheiten ist eine ständige spezielle Aus- und Fortbildung geeigneter und motivierter Bediensteter mit besonderem technischen Sachverstand erforderlich. Bei der Bearbeitung derartiger Verfahren treten häufig die Methoden der klassischen Sachbearbeitung etwas zurück.

4.3 Bildung eines luK-Kompetenzzentrums im Landeskriminalamt Brandenburg

Als Reaktion des LKA Brandenburg auf die neuen Herausforderungen im Deliktfeld der Informations- und Kommunikationskriminalität wurde mit Wirkung vom 01.07.2008 das luK-Kompetenzzentrum im LKA BB, u. a. mit Aufgaben der operativen Beweissicherung, forensischen Voruntersuchung, forensischen Untersuchung von Vorgängen der Kinderpornografie, der Koordinierung von DV-Projekten und dem Bereich der forensischen Informations- und Kommunikationskriminalität (luK) eingerichtet. Im letztgenannten Bereich erfolgen die Unterstützung bei komplexen operativen Beweissicherungen, forensische Untersuchungen sowie die Erstellung von Gutachten.

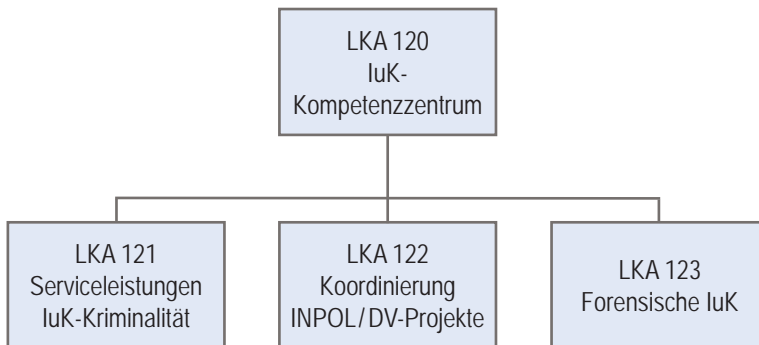


Abb. 3: Struktur des luK-Kompetenzzentrums im LKA BB

4.4 Rechercheergebnisse des LKA Brandenburg

Im Ergebnis von Internetrecherchen wurde im LKA Brandenburg festgestellt, dass der Betreiber der Internetversandes „Nationaler Medienversand – NMV“ aus Eberswalde im Jahr 2008 in zwei Fällen strafrechtlich relevante Tonträger gemäß §§ 86 a sowie 130 StGB zum Kauf anbot. Dabei handelte es sich um die Tonträger „X.x.X. Burn Down – Gift für die Ohren 2“ und „Wie Brüder“ der rechtsextremistischen Musikgruppe „Faktor Deutschland“. In beiden Fällen erfolgte die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen den Betreiber, einer bekannten, ehemaligen Führungsperson der Brandenburger rechtsextremistischen Szene.



Abb. 4: Internetauftritt des rechtsextremistischen Versandhandels NMV Eberswalde

Durch eine Internetrecherche des LKA BB wurde der nachfolgend abgebildete strafrechtlich gemäß § 86 a StGB relevante „Auftritt“ der „Regierung des Deutschen Reiches“ festgestellt. Der Betreiber dieser Internetdomain wurde im Verfahren der StA Lübeck im Jahr 2007 zu einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen a 20 Euro verurteilt.

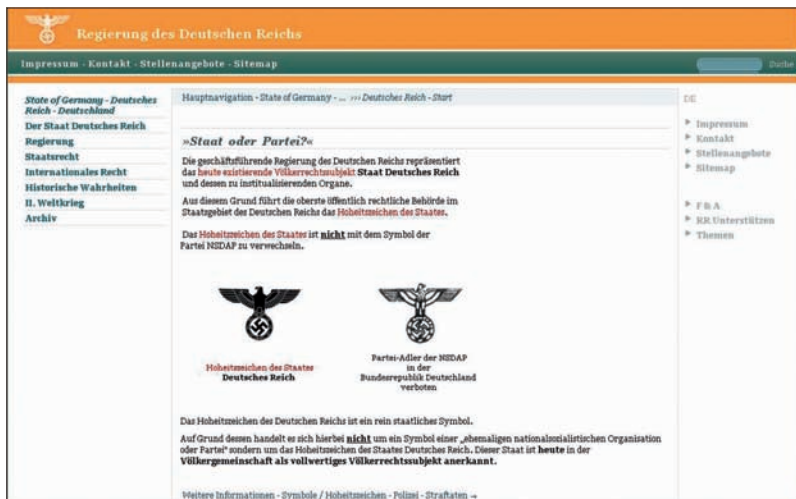


Abb. 5: Internetauftritt „Regierung des Deutschen Reiches“

4.5 Erkenntnisse aus einem komplexen Ermittlungsverfahren des LKA BB

Im Jahr 2006 erfolgte im Ergebnis eigener Recherchen des Plattformbetreibers „eBay“ in den auf der eBay-Plattform beworbenen Angeboten ein Hinweis über den möglichen Vertrieb inkriminierter / indizierter Tonträger an das BKA sowie an das LKA Brandenburg.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wurden 9.767 von eBay als möglicherweise relevant benannte Angebote im Zeitraum von August bis Dezember 2006 polizeilich geprüft und bewertet. Im Ergebnis bestanden bei 627 Angeboten (6,4 %) Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat gemäß §§ 86, 86 a, 130 und 131 StGB bzw. einen Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz. Gegen 93 Personen mit bis zu 30 verschiedenen eBay-Namen wurden in der Folge Ermittlungsverfahren im gesamten Bundesgebiet geführt. Darüber hinaus wurden Verfahren wegen Verstößen gegen das JuSchG geführt.

Die Ermittlung und Verfolgung der Tatverdächtigen gestaltete sich äußerst schwierig, da diese durch verschiedene Vorgehensweisen bewusst Recherche- und Ermittlungsmöglichkeiten erschwerten. Zum Zeitpunkt der Verfahrensführung waren zudem keine retrograden Verbindungsdaten zu erlangen.

Die geführten Ermittlungen ergaben abschließend eine überwiegend kommerzielle, weniger politische Motivation der Tatverdächtigen. Sie nutzten darüber hinaus die fehlende Anzeigebereitschaft der Besteller inkriminierter / indizierter Tonträger zu offensichtlichen Betrugsfällen aus.

4.6 Indizierungsanregungen des LKA BB

Die rechtsextremistische Szene bedient sich skrupellos jugendgemäßer Medien, wie Tonträger, Videos, und Internetseiten, aber auch Bücher und Zeitschriften (Fanzine) als Transportmittel ihrer nationalistischen, gewaltverherrlichenden und menschenverachtenden Botschaften.

Neben der konsequenten Anwendung der Strafgesetze bei Einfuhr, Herstellung und Vertrieb inkriminierter Angebote (zum Beispiel wenn die Texte, Bilder und/oder anderweitige Darstellungen die Tatbestände der Volksverhetzung oder von Propagandadelikten verwirklichen) ist die Indizierung von Trägermedien nach dem Jugendschutzgesetz eine wirksame Möglichkeit zur Einschränkung der Beeinflussung von Jugendlichen durch rechtsextremistisch geprägte Medien.

Durch das Landeskriminalamt Brandenburg wird seit Jahren die Aufgabe zur Anregung von Indizierungen zu rechtsextremistischen und/oder gewaltverherrlichenden Medien bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) mit hoher Intensität wahrgenommen.

Das LKA Brandenburg regte im Jahr 2007 insgesamt 37 Medien zur Indizierung an, davon wurden bisher durch Entscheidungen der BPjM 35 (95 %) indiziert. Im Jahr 2008 wurden bisher 33 der 57 (58 %) angeregten Medien indiziert. Erfahrungsgemäß wird die Zahl der endgültig indizierten Medien in den nächsten Monaten noch deutlich zunehmen.

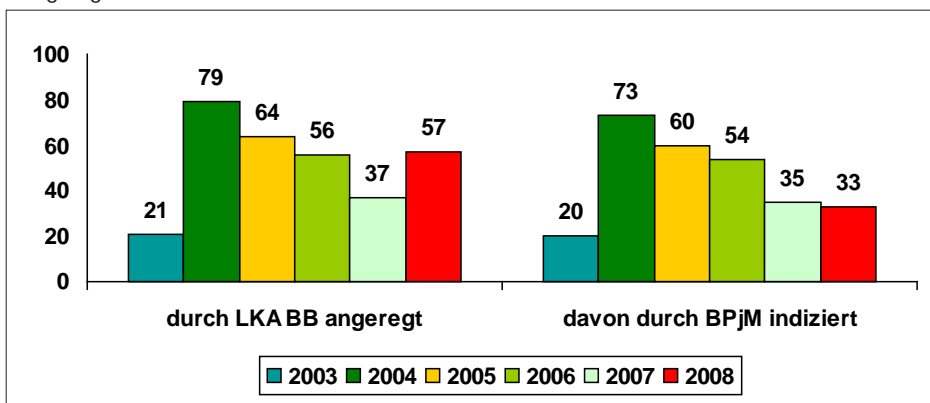


Abb. 6: Ergebnis der Indizierungsanregungen des LKA BB

5. Entwicklung des Extremismus im Internet

Aus Sicht des Landeskriminalamtes Brandenburg wird der Trend der Zunahme von rechtsextremistischen Angeboten (Webseiten, Versandhandel, Szene-Dienste) in kommenden Jahren weiter anhalten.

In dem Zuge werden zielgruppenorientiert kommunikative und multimediale Elemente innerhalb rechtsextremistischer Angebote, welche erwiesener Maßen die Attraktivität des Angebotes (Blogs, Foren, Gästebücher, YouTube, etc.) erhöhen, häufiger Verwendung finden.

Mit Blick auf die Entwicklungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene in den zurückliegenden Jahren muss hingegen von einer Zunahme der Vernetzungsbestrebungen innerhalb dieser Szene ausgegangen werden. Auf diese Entwicklung werden sich die Sicherheitsbehörden einzustellen haben.

6. Ausblick

Aufgrund der stetig anwachsenden Vernetzung im globalen Raum des Internets und der teilweise bestehenden Anonymität sowie fehlender rechtlicher Schranken zur Speicherung und Veröffentlichung von Nutzerdaten im Ausland, muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Straftaten im Internet ansteigen wird.

Auf Ebene der Justiz des Bundes und der Länder sollte eine einheitliche Tatortdefinition für Straftaten im Internet geschaffen werden, um bei strafrechtlich relevanten Inhalten auf ausländischen Internetdomains den bisherigen Diskrepanzen entgegenzuwirken.

Mathias Schindler, wikipedia (wikimedia Deutschland e. V.) „Umgang mit Rechtsextremisten in wikipedia“

<p>Wow! An Internet Encyclopedia!</p> <p>The more I thought about this, the more I realized that such a resource, containing general, encyclopedic knowledge for the layman, would be an important tool for some types of research, and for the Net.Citizenry in general. Ahh.. but what about contributors... where will you find authors to write the short articles you need? Well, I'd first have to start out by finding some way of communicating with an extremely diverse set of people... everyone from linguists, to molecular biologists, from animal rights activists to zymurgists, and from geographers to gas chromatographers. Guess what? ☺ The Net provides just such an arena! So I thought about it some more...</p> <p>...and came to the conclusion that this is a good idea!</p> <p>[Rick Gates, 1993]</p>	<p>Wow! Eine Internetenzyklopädie!</p> <p>Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr war ich mir sicher, dass solch eine Quelle mit allgemeinem, enzyklopädischen Wissen für den Laien ein wichtiges Hilfsmittel für manche Art der Forschung und für die Net.Bürgerschaft generell sein würde. Ahh... aber was ist mit den Mitarbeitern... wo wird man Autoren finden, welche die kurzen Artikel schreiben, die man benötigt? Nun, zuerst würde ich damit beginnen, einen Weg zu finden, um mit extrem verschiedenen Leuten zu kommunizieren... darunter Sprachforscher, Molekularbiologen, Tierschützer ebenso wie Zymurgisten, Geografen und Chemikern. Ratet mal? ☺ Das Internet stellt genau dieses Feld bereit! Darum dachte ich etwas mehr darüber nach...'</p> <p>...und kam zu dem Schluss, dass dies eine gute Idee ist.</p> <p>[Rick Gates, 1993]</p>
---	---

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren,
ich freue mich Sie begrüßen zu dürfen.

Meinen heutigen Vortrag habe ich in drei Kapitel unterteilt. Zu Beginn werde ich Ihnen die Entwicklung Wikipedias skizzenhaft vorstellen und Ihnen zudem den groben Zusammenhang zwischen Wikipedia und Wikimedia erläutern.

Der zweite Abschnitt meines Vortrages beschäftigt sich mit Rechtsextremismus bei Wikipedia bzw. dem Umgang mit geschriebenen Artikeln, die extremistisches Gedankengut beinhalten könnten.

Meine Damen und Herren, eine Veröffentlichung eines Artikels ist in jeglicher Hinsicht an bestimmte Normen und Voraussetzungen geknüpft. Mein abschließender Teil des Vortrages beschäftigt sich deshalb mit verschiedenen Schranken, den so genannten Richtlinien zu Veröffentlichung von Artikeln, die Wikipedia definiert hat. Sie dienen der Sicherheit der Gesellschaft und ebenso als Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.



Die geschichtliche Entwicklung Wikipedias

Ursprünglich ist Wikipedia aus der online-Enzyklopädie Nupedia hervorgegangen, die Larry Sanger und Jimmy Wales Anfang 2000 ins Leben riefen. Beide Projekte, sowohl Nupedia als auch Wikipedia erhielten in ihren Anfangszeiten finanzielle Unterstützung von Bomis, einem Internetunternehmen mit Sitz in St. Petersburg, Florida. Das Unternehmen wurde 1996 von Jimmy Wales gegründet. Die primären Einkünfte erhielt Bomis durch Werbeanzeigen.

Die Arbeit von Nupedia war geprägt durch einen kleinen Kreis von Fachautoren. Die Artikel wurden vor der Veröffentlichung einer ausführlichen Prüfung unterzogen. Besonders charakteristisch für die einzelnen Berichte war deren hohe Qualität. Auf Grund eines aufwendigen bürokratischen Ablaufes war das Projekt perspektivisch zum Scheitern verurteilt.

Während des Jahres 2000 diskutierten Wales und Sanger über verschiedene Methoden und Konzepte, die das Nupedia-Format durch offene und komplementäre Projekte

ergänzen könnten. Mit Hilfe des Konzeptes der Wiki-Software [hinfort: Wiki], das Ben Kovitz Sanger¹ vorstellte, schaffte Wales dann den legendären Durchbruch.

Im Jahr 2001 wurde Wikipedia gegründet. Sukzessiv verdrängte dieses online-Projekt Nupedia, bis es dann 2003 gänzlich stillgelegt wurde². Die in Nupedia eingestellten Artikel wurden von Wikipedia übernommen. Binnen der ersten drei Monate wurde die Vorstellung verwirklicht, Wikipedia mehrsprachig wachsen zu lassen. Am 27. März 2001 startete die erste deutschsprachige Version von Wikipedia. Die sprachliche Vielfalt sowie die steigende Anzahl der veröffentlichten Artikel bei Wikipedia verhalf der Plattform zur ihrer Popularität.

Wikipedia erhebt heute für sich den Anspruch einer online-Enzyklopädie, die durch den Einsatz und der Implementierung von Wikis einzigartig ist. Die Plattform bindet den User direkt mit ein und schafft damit eine neue Form der Kommunikation. Wissen wird somit zwischen den Teilnehmern ausgetauscht und vermittelt. In Echtzeit können durch den User Korrekturen und Ergänzungen eingestellt werden.

Im Juni 2004 wurde der Verein Wikimedia Deutschland – Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e. V. von aktiven Autoren der freien Enzyklopädie gegründet. Der Verein verfolgt das Ziel, die Ideen des Freien Wissens zu fördern und durch verschiedene Projekte, bei denen jeder sein Wissen für jedermann zugänglich machen kann, zu unterstützen. Der Fokus richtet sich auf Wikipedia und ihren verschiedenen Schwesterprojekten, die von der Wikimedia Foundation betrieben werden.

Sukzessiv wurden nach dem deutschen Vorbild weitere unabhängige nationale Wikimedia-Organisationen³ gegründet. Durch die enorme Vielfalt ist Wikimedia auf dem besten Weg eine internationale Organisation zu werden. Dank der hervorragenden Öffentlichkeitsarbeit die innerhalb des deutschen Vereins betrieben wurde war der Bekanntheitsgrad schon vor der Gründung überdurchschnittlich hoch. Die Bestrebungen des Vereins, seinen Zielen gerecht zu werden, reichen von der Kooperation mit verschiedenen Staats- und Universitätsbibliotheken bis hin zu der Gestaltung und Umsetzung diverser Symposien.

1 Ben Kovitz ist Computerprogrammierer und ein Mitglied der WardsWiki. WardsWiki ist eine freie Wiki-Software, die Ward Cunningham entwickelt wurde. Dieses Hypertext-System ermöglicht dem Usern online veröffentlichte Texte zu lesen (herkömmliche Form der Internetnutzung) aber auch – und dies war gerade das phänomenale – die Inhalte der Artikel selbst zu verändern, ergänzen und korrigieren zu können.

2 unter: <http://web.archive.org/web/20030730063941/www.nupedia.com/> [Zugriff: 04. März 2009, 15:09 Uhr] ist als Archiv die original Web-Seite von Nupedia findbar

3 Bsp.: Polen, Italien, Frankreich, Serbien, Schweiz und in den Niederlanden (Aufzählung nicht abschließend)

Rechtsextremismus als Artikelgegenstand:

Jeder Nutzer von Wikipedia hat die Möglichkeit entweder als einzelne Person oder durch den Zusammenschluss in Fachredaktionen, Portalen oder Projekten als Autor aktiv die Enzyklopädie zu unterstützen.

Seit 2005 existiert eine Projektgruppe „Rechtsextremismus“, die sich um die systematische Aufbereitung und Pflege der dazugehörigen Inhalte kümmert. Derzeit können mit dem Themenfeld „Rechtsextremismus“ in der deutschsprachigen Wikipedia eine vierstellige Anzahl von Artikeln in Verbindung gebracht werden. So sind zum Beispiel in der Kategorie „Rechtsextreme Organisation/Vereinigung“ bereits 187 Einträge verzeichnet. Dabei reichen die Artikel von der „Nationaldemokratischen Partei“ bis hin zur ANSDAPO.

Die einzelnen Artikel werden in ihrer Häufigkeit unterschiedlich abgerufen. Die kann der User an Zugriffszahlen erkennen, die Wikipedia in der deutschsprachigen Ausgabe seit Dezember 2007 veröffentlicht.

Die Analyse jener Zahlen/Zugriffe zeigt, dass die am häufigsten frequentierten Berichte einen Bezug zu Adolf Hitler haben. Monatlich sind es hierbei um ca. 200.000 Seitenaufrufe. Weiter ist dabei zu beobachten, dass saisonale Effekte, geprägt durch historische Ereignisse, wie beispielsweise der 20. April⁴, einen enormen Anstieg der Artikel mit Rechtsextremismus-Bezug forcieren.

Schranken bei Wikipedia zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes:

Die Veröffentlichung einer web-site wird insbesondere dann zu einer Herausforderung, wenn den verschiedensten Akteuren unserer Gesellschaft ein Zugriff ermöglicht wird und auch werden soll. Als problematisch erweist sich in diesem Zusammenhang die Heterogenität unseres komplexen gesellschaftlichen Bildes. Moderne und mündige Gesellschaften sind durch kontroverse Meinungen, Empfindungen, Einstellungen, sozialen Stand und Bildung geprägt.

Eine Enzyklopädie hingegen erhebt für sich den Anspruch allgemeingültige Aussagen zu treffen. Zudem impliziert der Begriff der Enzyklopädie eine Darstellung von wahrheitsgemäßen Aussagen. „Wahrheit“ wird in vielerlei Hinsicht subjektiv empfunden und ist perspektivenabhängig. Die Darstellung einer korrekten Aussage muss dementsprechend die Perspektiven aller Gesellschaftsmitglieder berücksichtigen und konsensfähig sein.

4 Am 20. April 1889 ist Adolf Hitler in Braunau am Inn [Österreich] geboren worden. Noch immer marschieren Demonstranten und Anhänger zum Gedenken für ihren „Führer“ an diesem Tag.

Wikipedia selbst entwickelte während seiner Frühphase sechs verschiedene Richtlinien, die einen konfliktfreien und einheitlichen Kommunikationsprozess zwischen den Usern, Autoren und Wikipedia ermöglichen soll. Diese Richtlinien sind von allgemeiner Bedeutung und somit auch für jeden zwingend verbindlich. Dabei kann unterschieden werden zwischen:

R I C H T L I N I E N	Grundprinzipien	<ul style="list-style-type: none"> • Neutralen Standpunkt • keine Theoriefindung • Belege & Quellenangaben • Artikel über lebende Personen 	<ul style="list-style-type: none"> • GNU-FDL • Urheberrecht • Wikiquette
	Inhalt	<ul style="list-style-type: none"> • was Wikipedia nicht ist • Relevanzkriterien • gute Artikel schreiben • Diskussionsseiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Literatur • Artikel illustrieren
	Formatierung	<ul style="list-style-type: none"> • wie gute Artikel aussehen • wie enzyklopädische Bilder aussehen • Orthographie • Typographie 	<ul style="list-style-type: none"> • Zitate • Fremdworte • Zahlen • Datenangaben • Formatvorlage
	Links	<ul style="list-style-type: none"> • Datenbanklinks • assoziative Verweise 	<ul style="list-style-type: none"> • Weblinks • Weiterleitung
	Themenbereiche	<ul style="list-style-type: none"> • Geschichte • Literarische Werke • Musikalische Werke • Schulen • Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Fiktives • Biologie • Chemie • E-Sport • Software
	Systematik	<ul style="list-style-type: none"> • Namenskonventionen • Begriffserklärungen • Listen 	<ul style="list-style-type: none"> • Personendaten • Kategorien

(nachlesbar unter: <http://de.Wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Richtlinien>)

Die oben aufgeführten Richtlinien fungieren jeweils als Schranke, um ganz allgemein beschrieben der Verbreitung extremistischen Gedankenguts [Kennzeichen und Symbole, Propagandamittel⁵ etc.], pornographischer Bilder und Beschreibungen sowie rechtswidriger Darstellungen effektiv entgegenwirken zu können.

Sollten die Richtlinien von den Autoren nicht eingehalten werden, so sind Administratoren, so genannte Wikipediaautoren, denen nach einer Abstimmung diverse Rechte eingeräumt werden, berechtigt, diese Artikel temporär zu sperren. Des Weiteren ist es ihnen auch gestattet, dem Benutzer und/oder einer IP-Adresse bei einem Verstoß die Schreibrechte temporär entziehen.

Bezugnehmend auf das Thema, Rechtstextremismus bei Wikipedia, ist die Umwandlung von der freien Enzyklopädie zu einer Plattform zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda zu verhindern. Hierfür sind insbesondere die Wikipedia-Richtlinien „Gegen Theoriebildung“, „Belege und Quellenangaben“, der „Neutrale Standpunkt“, „Relevanzkriterien“ und „Zitate“ von primärer Bedeutung. Dabei ist es selbstverständlich, dass sich einige dieser Richtlinien gegenseitig bedingen.

Erläuterung drei wesentlicher Grundprinzipien:

Die in Wikipedia veröffentlichten Artikel beschreiben schon bekanntes Wissen, das in der Fachliteratur jederzeit nachgelesen werden kann. Existierende Theorien sollen kostenfrei veröffentlicht und für jedermann zugänglich gemacht werden. Dabei ist es nicht das Ziel von Wikipedia, den Austausch von „neu-entwickelten Theorien“ zu fördern. Ebenso sind neue Wortschöpfungen und Begriffsfindungen, die in der Fachwelt nicht etabliert sind, unerwünscht.

Einhergehend mit der Darstellung von Theorien, Begriffen und Ideen ist auch die Beleg- und Quellenangabepflicht verbunden. Jedem User soll somit die Möglichkeit gegeben werden, die in Wikipedia verorteten Quellen nachlesen bzw. auch überprüfen zu können. Damit unterliegen die Artikel einer multiplen Kontrolle. Wikipedia verschafft jedem Individuum die Gelegenheit, Gelesenes zu kontrollieren und auch zu korrigieren.

5 Gem. §§ 86 und 86a StGB ist die Verbreitung verfassungswidriger Symbole und Kennzeichen sowie Propagandamittel verboten. Das Strafgesetzbuch enthält in §§ 86 III und 86a III StGB in Form einer Sozialadäquenzklausel eine Ausnahme. Die Verbote gelten nicht für die Verwendung in den Bereichen der Wissenschaft und Lehre, der Kunst und der staatsbürgerlichen Aufklärung. Das bedeutet, dass wissenschaftliche Beiträge, die sich kritisch mit dem Nationalsozialismus und deren Folgen auseinandersetzen durchaus willkommen heißen werden.

Zugleich wird mit der Berücksichtigung der zuvor erläuterten Prinzipien auch das Kriterium des „Neutralen Standpunktes“ eingehalten. Die Wissenschaftlichkeit einer Enzyklopädie ergibt sich aus ihrer Objektivität. Dabei ist der subjektive Eindruck eines Autors bei der Darstellung eines bekannten Themengebietes irrelevant. Eine sachlich-neutrale Darstellung wird generell gefordert.

Abschließend ist zu sagen, dass wir innerhalb des Vereins, aber auch bei Wikipedia selbst, präventive Maßnahmen und Vorkehrungen treffen, damit der generelle Anspruch einer Enzyklopädie Bestand hat. Die Projektgruppe „Rechtsextremismus“ könnte noch wesentlich stärker unterstützt werden. Dies ist aber zugleich auch ein Appell an die Öffentlichkeit, sich einerseits mit der Problematik des Extremismus zu befassen und andererseits wissenschaftlich in diesem Bereich tätig zu werden. Jeder von Ihnen ist bei Wikipedia herzlich willkommen und kann sich auch in jenem Zuge aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung einsetzen.

Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Die Tagung endete mit einer angeregten Diskussionsrunde.

Kontaktdaten

jugendschutz.net
Wallstraße 11
55122 Mainz
www.jugendschutz.net

Bundesamt für Verfassungsschutz
Merianstraße 100
05765 Köln
www.verfassungsschutz.de

Landeskriminalamt Brandenburg
Tramper Chaussee 1
16225 Eberswalde
landeskriminalamt@polizei.brandenburg.de

Wikimedia Deutschland e. V.
info@wikimedia.de

**Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg**

Referat V/2 - Verfassungsschutz durch Aufklärung

Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13
14467 Potsdam

Tel.: 0331/866 2500

Fax: 0331/866 2609

E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de

Internet: www.verfassungsschutz.brandenburg.de